

P R O T O K O L L  
der 458. Sitzung des Parlaments

---

Datum	Dienstag, 20. Januar 2026
Zeit	19.30–20.40 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Gashi Hilmi (Trakt. 1), Grossen Gaby (Trakt. 1–9)
Mitglieder	Althaus Stämpfli Annette, Anliker Sophia, Arnold Luc, Balmer Thomas, Beck Hanna, Bless Adrian, Buff Ronald, Egli Caterina, Engel Carmen, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Held Lorenz, Kaczala Gregor, Kearns Francine, Lauper Reto, Legler Bettina, Legler Vanessa, Liechti Erika, Lucas Christoph, Mäder Renate, Messerli Patricia, Müller Kearns Alan, Racine Raphaël, Reich Julien, Sager Manuel, Schenk Johanna, Scherrer Annette, Siebenrock-Häberli Charlotte, Soder Rolf, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo, Zurlinden Noémie, Zwahlen Michèle
Stimmenzählende	Grossenbacher Franziska, Matter Andreas
Vertreter des Gemeinderats	Köbeli Jan (Gemeindepräsident), Bärtschi Markus, Bircher Laura, Grubwinkler Christa, Häuselmann Bernhard, Klopstein Carole, Siegenthaler Muinde Gabriele
Sekretariat	Schönholzer Katja, Gemeindeschreiberin ad int.
Zusätzlich anwesend	Rindlisbacher Nadia, Leiterin HR (Trakt. 7)
Entschuldigt abwesend	Parlament: Grütter K. Urs, Koelbing Martin, Perler Sandra GR: –
Protokoll	Schweizer Corinne

---

Geschäfte 9

Traktanden

1.	Wahl des Präsidiums des Parlaments für das Jahr 2026	277
2.	Wahl der restlichen Mitglieder des Büros des Parlaments für das Jahr 2026 1. Vizepräsidium, 2. Vizepräsidium, zwei Stimmzählende	281
3.	Geschäftsprüfungskommission A) Ersatzwahl B) Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2026	282
4.	Regionalkommission Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2026	283
5.	Protokoll der Sitzung vom 18. November 2025	284
6.	GPK-Verwaltungskontrolle 2025; Berichterstattung	284
7.	Personalreglement; Teilrevision	288
8.	Informationen des Gemeinderats / der parlamentarischen Kommissionen	290
9.	Neue parlamentarische Vorstösse	290

Der Vorsitzende: Ich begrüsse alle anwesenden Parlamentsmitglieder, Gäste, Pressevertreterinnen, -vertreter, die Vertretung der Verwaltung und die Mitglieder des Gemeinderats zur 458. Sitzung des Parlaments von Muri-Gümligen. Euren herzlichen Begrüssungsritualen konnte ich entnehmen, dass ihr einander vermisst habt und euch genauso wie ich auf das neue Parlamentsjahr freut. Ich wünsche allen einen guten Start und ein gutes neues Jahr. Ich möchte auch ganz herzlich Katja Schönholzer, unsere Gemeindeschreiberin, begrüssen, die letztes Mal ja vorgestellt wurde. Sie nimmt, wie es wahrscheinlich in früheren Jahren auch möglich war, hier oben beim Ratsbüro Platz. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend, wir sind somit beschlussfähig. Seitens der Verwaltung ist Nadia Rindlisbacher, Leiterin HR, anwesend. Wir kommen zur Beratung der Geschäfte.

### **Traktandenliste**

Der Vorsitzende: Gibt es vonseiten des Parlaments Einwände oder Anträge zur vorgeschlagenen Traktandenliste? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir vom Ratsbüro beantragen eine Änderung der Reihenfolge der Wahlen, namentlich unter Traktandum 1 und Traktandum 2. Damit wir die Wahlen vornehmen können, braucht es zwei gewählte Stimmzählende. Andreas Matter war bisher im Amt und wird hoffentlich jetzt wiedergewählt. Kathrin Schnyder schied letztes Jahr aus dem Rat aus, und wir müssen jemand neues wählen. Deshalb unser Antrag auf Änderung der Reihenfolge. Ich bitte um Zustimmung, dass wir zuerst die Stimmzählenden wählen und danach die Präsidentin.

### Beschluss

Die Änderung der Traktandenliste (Wahl der Stimmzählenden unter Traktandum 1 anstatt Traktandum 2, vor der Wahl der Präsidentin) wird einstimmig genehmigt.

## **1. Wahl von zwei Stimmzählenden für das Jahr 2026 Wahl des Präsidiums des Parlaments für das Jahr 2026**

### **Wahl von zwei Stimmzählenden für das Jahr 2026**

Die SVP Muri-Gümligen schlägt zur Wiederwahl vor:

Matter Andreas, Meisterlandwirt/Besamungstechniker, Muri bei Bern

Die Grünen Muri-Gümligen schlagen zur Wahl vor:

Grossenbacher Franziska, Co-Geschäftsleiterin Stiftung für Landschaftsschutz, Muri bei Bern

*Die Vorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt. Der Vorsitzende schlägt eine gemeinsame Wahl vor; das Vorgehen wird nicht bestritten.*

### Beschluss

Als Stimmzählende für das Jahr 2026 werden einstimmig (bzw. mit zwei Enthaltungen) gewählt:

Franziska Grossenbacher, Grüne

Andreas Matter, SVP

Franziska Grossenbacher und Andreas Matter nehmen die Wahl an.

## **Wahl des Präsidiums des Parlaments für das Jahr 2026**

Das forum Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Grossen Gaby, lic. phil. hist., Dozentin PHBern, Gymnasiallehrerin, Muri bei Bern

*Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.*

### Beschluss

Als Präsidentin des Parlaments für das Jahr 2026 wird einstimmig (bzw. mit einer Enthaltung) gewählt:

Gaby Grossen, forum

Gaby Grossen nimmt die Wahl an.

Hilmi Gashi (Grüne): Gaby, normalerweise sagt man, es gebe eine Stabsübergabe. Aber bei uns wird die Glocke übergeben. Ich übergebe sie dir sehr gerne und gratuliere dir von Herzen zur Wahl. Du übernimmst eine verantwortungsvolle Aufgabe. Ich bin überzeugt, dass du das Parlament mit Klarheit, Sorgfalt und deiner eigenen Handschrift führen wirst. Ich wünsche dir viel Glück, Zuversicht und gutes Gelingen für alles, was du in diesem Amtsjahr als höchste Muri-Gümligerin erreichen möchtest. Im Namen von Muri-Gümligen übergebe ich dir gerne diesen Blumenstrauss.

Gaby Grossen übernimmt den Vorsitz.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank – ich lege den Blumenstrauss nach hinten, damit ich nicht «durch die Blume» sprechen muss.

Du weisst, Hilmi, so einfach kommt man nicht weg von hier oben. Es ist mir eine Ehre, auch dir, lieber Hilmi, im Namen des gesamten Parlaments für deinen grossen Einsatz vor und hinter den Kulissen als GGR-Ratspräsident im Jahr 2025 zu danken. Ich denke dabei auch an die Ratsbürositzungen und an unsere Zusammenarbeit beim Redigieren von Texten für das Abstimmungsbüchlein. Deine kollegiale Art hat viel zur guten Stimmung beigetragen. In deiner Antrittsrede vor einem Jahr hast du betont, dass du diese anspruchsvolle Aufgabe mit Respekt und Dankbarkeit annimmst. In der Tat haben wir hier im GGR im Jahr 2025 immer wieder intensive Sitzungen erlebt, wegen der Fülle der zu besprechenden Geschäfte und komplexen Abstimmungsmodi. Du hast dich nicht so schnell aus der Ruhe bringen lassen und bei Bedarf auch mal ein Timeout eingefordert, um die Geschäfte ruhig und souverän leiten zu können. Du hast darauf geachtet, dass sich alle äussern und gegensätzliche Perspektiven zur Sprache kommen konnten und hast immer wieder für einen harmonischen Ton hier im Rat gesorgt.

Sehr eindrücklich war sicher für viele von uns, wie du in deiner Antrittsrede deinen Werdegang kurz dargelegt hast. Verkürzt gesagt: Vom Saisonier-Status bis hin zum GGR-Ratspräsidenten von Muri-Gümligen. Zu Recht hast du auf unsere privilegierte Lage hier in der Schweiz, hier in Muri-Gümligen hingewiesen, auf unsere politischen Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Aber auch die rund 18 Prozent unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger hast du nicht vergessen, die nämlich hier leben und gleiche Pflichten, aber nicht gleiche Rechte haben. Folgerichtig hat uns der letztjährige Parlamentsausflug ins Tannental geführt. Für viele von uns war das sicher quasi Neuland, das vor der eigenen Haustüre liegt. Für diese Blicköffnung in andere Lebenswelten, in andere Lebenswege, danke ich dir persönlich. Ich bin mir sicher, dass viele Ratsmitglieder sich diesem Dank anschliessen.

Das Parlament dankt dir für deinen grossen Einsatz. Du hast dir ein Geschenk mit bleibendem emotionalem Wert gewünscht. Es wird gerade geholt. Ich darf sagen,

dass unser Gemeindepräsident ganz wesentlich an der Gestaltung beteiligt war. Es ist absichtlich nicht eingepackt, damit alle es sehen können. Es ist ein Wappenständer, und, wie du dir das gewünscht hast, mit einer Widmung: «Hilmi Gashi, Präsident GGR Muri-Gümligen 2025». Aber damit es keine trockene Sache ist, gibt es auch noch einen Tropfen. Ich darf dir diesen ebenfalls überreichen, im Namen der Gemeinde und des Parlaments. Ich möchte in unseren gesamten Dank aber auch deine Frau und deine beiden Söhne miteinschliessen. Denn vor einem Jahr hast du betont, dass du ohne sie – deine Frau, deine Kinder –, diesen Weg nicht so hättest gehen können.

Alles Gute, Hilmi. Wie schön, dass du weiterhin im Rat bist. Danke.

Hilmi Gashi (Grüne): Jetzt kannst du meinen Platz hier einnehmen. Ich werde nur noch die nächsten zehn Minuten sprechen, dann übergebe ich an dich. Liebe Gaby, vielen Dank für deine Worte, die mich sehr berührt haben. Ich hätte nicht gedacht, dass dies passieren wird. Das Geschenk hat mich extrem überrascht. Als ich von Reto gehört habe, dass er einen Kirschbaum erhielt, dachte ich, ich habe keinen Garten und kann nichts pflanzen. Aber ich wollte irgendetwas, das man nicht nur schnell austrinken kann oder so, sondern etwas, was eine Erinnerung für mich bleibt und mich auf dem Weg und bei meinem Einsatz in Muri-Gümligen begleiten wird.

Ich habe dank der Wahl vor einem Jahr grosse Ehre erhalten. Für mich war das ein persönlicher Meilenstein. Denn, wie Gaby in ihrer Rede, in dieser Zusammenfassung, gesagt hat: Ich hätte mir vor drei Jahrzehnten, als ich in die Schweiz kam, nicht vorstellen können, dass ich irgendwann einmal in einer Gemeinde ein so hohes Amt bekleiden darf. Euer Vertrauen hat mir diese Ehre ermöglicht.

Gaby hat es auch gesagt, und es ist mir ebenfalls wichtig, noch einmal zu betonen, dass eine Gesellschaft, die Türen öffnet, die inklusiv ist, die Diversität pflegt, dadurch gestärkt wird und nicht geschwächt. Aber es sind keine automatischen Wege. Wir sind Menschen, und die Gesellschaft entwickelt sich, und manchmal nicht nur zum Guten. Wenn die Regeln, etwa bei der Einbürgerung, immer strenger werden, werden es Menschen mit einer ähnlichen Geschichte wie meiner in Zukunft schwieriger haben, diesen Beitrag für die Gemeinschaft leisten zu können.

Mein herzlicher Dank gilt euch, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rats. Wir haben hier engagiert debattiert, manchmal kontrovers, aber immer im Bewusstsein, dass wir eine Verantwortung gegenüber den Menschen in Muri-Gümligen haben, gegenüber den Menschen, die uns gewählt und somit auch das Vertrauen, aber auch ein Mandat gegeben haben. Danke auch für eure kritischen Rückmeldungen zu meiner Sitzungsleitung. Das Lob hat mir gutgetan, aber die kritischen Rückmeldungen haben mir die Chance gegeben, es nächstes Mal besser zu machen, besser zuzuhören und dazuzulernen. Besonders möchte ich auch den Grünen danken, dass sie mir die Möglichkeit gegeben haben, und meinen Fraktionsgspänli für das Vertrauen und die Unterstützung, und auch dem Büro des GGR und dem Gemeinderat für die sachliche Zusammenarbeit. Es ist eine politische Kultur, die ein hohes Gut ist, zu dem wir alle zusammen Sorge tragen müssen. Ich möchte es, auch wenn sie nicht da ist, nicht unterlassen, meiner Familie zu danken. Sie kann leider heute nicht da sein. Endrit muss für irgend so eine Gymerprüfung lernen, meine Frau arbeitet noch, und Lenart, der älteste Sohn, ist jetzt in der Rekrutenschule. Er konnte heute nicht freinehmen.

Wichtig ist mir auch ein wenig ein aktueller Bezug. Wir leben in einer Zeit, wo politische Debatten spürbar schärfer, lauter und manchmal eben auch mit Begleitung einer Kriegsrhetorik stattfinden. Diese Entwicklung macht mir Sorgen. Ich habe es schon einmal in einem Land erlebt, das nachher in einem Krieg gelandet ist. Also verzeiht es mir insofern, wenn ich die Betonung auf Sorgen setze. Deshalb bin ich eben froh, dass wir hier in Muri-Gümligen einen anderen Stil pflegen. Wir diskutieren hart in der Sache, aber immer anständig und respektvoll mit Menschen, die gegenüber sitzen, auch wenn sie andere politische Meinungen oder Ideologien

vertreten.

Es ist mir ein Anliegen, dass wir die Menschen nicht aus den Augen verlieren, die keine Stimme haben und keine laute Stimme haben, Leute, die weniger Einkommen haben, die einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben, aber auch jene, die keine politischen Mitspracherechte haben. Sie wohnen in dieser Gemeinschaft, sind Bürgerinnen und Bürger, sie leisten ihren Beitrag, sie können aber nicht mitbestimmen. Wenn wir faire Rahmenbedingungen schaffen, geben wir ihnen auch das Vertrauen, das sie brauchen, um Eigenverantwortung zu übernehmen.

Nachhaltigkeit – das ist ja ein wichtiges Thema der Grünen – und Umweltschutz verstehe ich nicht als leere Worte, sondern als Versprechen an unsere Kinder, dass wir sorgsam mit unserer Umwelt umgehen, damit auch sie noch eine hohe Lebensqualität haben.

Dann noch zu unseren Werten, die ich auch im Vereinswesen so stark fand und die uns als Gemeinde ausmachen. Manchmal denkt man einfach, das Vereinswesen und das freiwillige Engagement seien etwas verstaubt und man finde fast keine Leute. Aber es ist extrem wichtig für den Zusammenhalt. Es gibt den Menschen nicht nur einen Halt, ein Zuhause, sondern auch eine Möglichkeit, der Gesellschaft etwas zu geben.

Fortschritt gelingt am besten, wenn er auf dem Boden von Respekt, Solidarität und Zusammenhalt wächst. Ich freue mich darauf, ab jetzt als einfaches Mitglied unten im Rat zu sitzen und für ein Muri-Gümligen mitzuwirken, das offen, verlässlich und solidarisch bleibt. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Geschätzter Gemeindepräsident, geschätzte Gemeinderäte, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Pressevertreter und liebe Gäste, ganz speziell auch aus meinem Familien- und Freundeskreis. Es ist mir eine Ehre und eine Freude, heute das Amt der Parlamentspräsidentin übernehmen zu dürfen. Ich bin mir bewusst, wie anspruchsvoll dieses verantwortungsvolle Amt ist. Für das in mich gesetzte Vertrauen danke ich noch einmal sehr. Ich hoffe, es als Nichtjuristin zu eurer vollen Zufriedenheit auszufüllen, die Sitzungen ruhig, sachlich und formal korrekt zu leiten. Ich weiss mich zu meiner Linken und zu meiner Rechten, also vom Ratsbüro und von unserer Gemeindeschreiberin, gut unterstützt.

Ja, wem habt ihr denn eigentlich mit eurer Wahl das Vertrauen geschenkt? Weder kann ich auf eine Schulzeit in unserer Gemeinde zurückblicken, noch bin ich beruflich mit Muri-Gümligen verbandelt, und trotzdem fühle ich mich mit unserer Gemeinde sehr verbunden. Wie kommt das?

Blicke ich auf meine erste Lebensphasen zurück, so umfasst sie die knapp 30 Jahre in Zürich. Konkret: In Zollikon aufgewachsen, Studium an der Uni Zürich, rund fünf Jahre Sekundarlehrerin mitten in der Stadt Zürich. Aus beruflichen Gründen kamen wir im Jahr 1987 nach Bern. Mein Mann als Politologe im Nachrichtendienst, ich als Seklehrerin, später als Prorektorin an der Berufsschule in Langnau im Emmental, später Geschichts- und Deutschlehrerin am Gymnasium Neufeld hier in Bern und Dozentin an der PHBern. Wir wohnten fast 20 Jahre am Kranichweg. Dort kreuzten sich die Wege von Patricia Messerli und mir zum ersten Mal.

Politik prägt seit je meinen Alltag. Daheim am Küchentisch in Muri ging es um Bildungspolitik und um die grosse Weltpolitik, weniger um die Gemeindepolitik, wo sich wirklich etwas bewegen lässt. Schon damals hatte ich den Wunsch, mich in für mich ruhigeren Zeiten in der Gemeinde politisch einzubringen. Die ruhigeren Zeiten kamen allerdings erst deutlich später. Die dritte Lebensphase lässt sich ab dem Jahr 2004 einordnen. Wir fühlten uns hier in der Gemeinde sehr zuhause und liessen uns im Jahr 2007 definitiv an der Rossimattstrasse nieder.

Die Familie respektive das Geschlecht Grossen ist in Kandersteg heimatberechtigt. Doch habe ich keinen echten Bezug zum Oberländer Heimatort. Was lag da näher, als sich in Muri bei Bern einbürgern zu lassen? Ja, und so erschienen wir beide an einem Dienstmorgen im Juni 2007 vor dem Einbürgerungsausschuss der Gemeinde Muri bei Bern. Der damalige Gemeindepräsident Saxer hat uns unter der Türe

kritisch gemustert und schmunzelnd gemeint, auf die Sprach- und auf die Staatskundeprüfung werde er ausnahmsweise verzichten. Dafür haben wir uns dann über damalige Gemeindeprobleme unterhalten: Über bezahlbaren Wohnraum, über die Rolle einer Agglomerationsgemeinde, über die Schulsituation, über das Muribad und den Aareweg, über den Steuerfuss. Irgendwie haben diese Themen immer noch eine gewisse Aktualität.

Mein politisches Engagement für unsere Gemeinde musste ich wegen der langjährigen, schweren Krankheit meines Mannes nach hinten schieben. Ich kann allen bestätigen: Was damals die Nussbaumallee, also das heutige Alenia, im Bereich der Demenzbetreuung während rund sieben Jahren geleistet hat, ist grossartig – professionelle, liebevolle Pflege, uns Angehörige miteinbeziehend. Besser ist das nicht zu machen. Noch heute trifft sich jene Angehörigengruppe, die ich damals ins Leben gerufen habe, einmal im Monat zum Zmittag.

Nach dem Jahr 2018 hatte ich es etwas mehr Luft. Patricia, Charlotte und ich schwitzen jeweils am Montagabend, übrigens seit Jahren, im Frauenturnen in der Aebnit-Turnhalle. Im Sommer 2019 hat mich Patricia gefragt, ob ich mich auf die GGR-Liste des forums setzen lassen möchte, ich werde sowieso nicht gewählt. Eine Partei in der Mitte des politischen Spektrums und nur auf lokaler Ebene tätig: genau das Richtige für mich. Danke Patricia, du kamst meiner Anfrage zuvor.

Meine politische Sensibilisierung begann eigentlich als zirka Fünfjährige. Ich erinnere mich gut. Ich habe meinen Vater in einer Konditorei furchtbar genervt, weil ich unbedingt etwas wollte, was er nicht wollte. Irgendwann nahm er eine Papierserviette hervor, zeichnete darauf etwas Dreieck-Ähnliches und fragte: «Weisst du, was das ist, Gaby?» – «Natürlich das Matterhorn.» – «Ja». Dann hat er darunter einen unförmigen Block gezeichnet. «Und was ist das?» – «Keine Ahnung.» – «Das ist das Matterhorn von der italienischen Seite her gesehen.» Je nach Perspektive, nach Standort, präsentieren sich die Dinge sehr anders. Oder etwas gediegener mit Churchill gesagt: «Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen.»

Dieses Matterhorn-Bild begleitet mich seit Jahren, und ich wünsche mir für unser Parlamentsjahr 2026, dass wir im Rat vielschichtig, aus den verschiedenen Parteispektren diskutieren, sachbezogen und konsensorientiert. Gemeindepolitik ist Sachpolitik. Das fängt beim respektvollen Umgang miteinander an und endet mit breit abgestützten Lösungen im Dienst unserer Muri-Gümliger Bewohnerinnen und Bewohner. In diesem Sinn freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit euch. Danke für die Aufmerksamkeit.

## **2. Wahl der restlichen Mitglieder des Büros des Parlaments für das Jahr 2026**

### **1. Vizepräsidium**

Die FDP. Die Liberalen schlagen zur Wahl vor:

Schenk Johanna, Rechtsanwältin MLaw, Gümligen

*Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.*

#### Beschluss

Als 1. Vizepräsidentin des Parlaments für das Jahr 2026 wird einstimmig (bzw. mit einer Enthaltung) gewählt:

Johanna Schenk, FDP

Johanna Schenk nimmt die Wahl an.

## **2. Vizepräsidium**

Die SP Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Zaccaria Angelo, Kommunikationsspezialist, Gümligen

*Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.*

### Beschluss

Als 2. Vizepräsident des Parlaments für das Jahr 2026 wird einstimmig (bzw. mit einer Enthaltung) gewählt:

Angelo Zaccaria, SP

Angelo Zaccaria nimmt die Wahl an.

Die Vorsitzende: Somit ist das Ratsbüro vollständig besetzt, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

## **3. Geschäftsprüfungskommission**

### **A) Ersatzwahl**

### **B) Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2026**

#### **A) Ersatzwahl**

Die SP Muri-Gümligen schlägt anstelle des per Ende Januar 2026 zurücktretenden Luc Arnold für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis zum 31. Dezember 2028, zur Wahl vor:

Zurlinden Noémie, Ökonomin, Gewerkschaft Unia, Gümligen

*Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.*

### Beschluss

Als Mitglied der GPK für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst, bis zum 31. Dezember 2028, einstimmig (bzw. mit einer Enthaltung) gewählt:

Noémie Zurlinden

Noémie Zurlinden nimmt die Wahl an.

#### **B) Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2026**

### Präsidium

Das forum schlägt zur Wahl für das Jahr 2026 vor:

Martin Koelbing, Pfarrer, Master of Public Administration, Muri bei Bern

*Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.*

### Beschluss

Als Präsident der GPK für das Jahr 2026 wird einstimmig gewählt:

Martin Koelbing, forum

Die Vorsitzende: Die Gemeindeschreiberei wird den heute abwesenden Martin Koelbing über seine Wahl informieren und ihn anfragen, ob er die Wahl annimmt.

#### Vizepräsidium

Die SVP schlägt zur Wahl vor:

Grütter Urs, Rechtsanwalt, dipl. Steuerexperte, Gümligen

#### Beschluss

Als Vizepräsident der GPK für das Jahr 2026 wird einstimmig gewählt:  
K. Urs Grütter, SVP

Die Vorsitzende: Die Gemeindeschreiberei wird den heute abwesenden Urs Grütter ebenfalls über seine Wahl informieren und anfragen, ob er die Wahl annimmt.

#### **4. Regionalkommission Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2026**

##### Präsidium

Die FDP. Die Liberalen schlagen zur Wahl vor:

Bless Adrian, lic. rel. int. IHEID, Fachexperte SECO, Regionalrichter, Muri bei Bern

*Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.*

##### Beschluss

Als Präsident für das Jahr 2026 wird einstimmig (bzw. mit einer Enthaltung) gewählt:  
Adrian Bless, FDP

*Adrian Bless nimmt die Wahl an.*

##### Vizepräsidium

Die SVP Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Grütter Urs, Rechtsanwalt, dipl. Steuerexperte, Gümligen

*Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.*

##### Beschluss

Als Vizepräsident für das Jahr 2026 wird einstimmig gewählt:  
K. Urs Grütter, SVP

*K. Urs Grütter wird von der Gemeindeschreiberei über seine Wahl informiert.*

## 5. **Protokoll der Sitzung vom 18. November 2025**

*Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.*

## 6. **GPK-Verwaltungskontrolle 2025; Berichterstattung**

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Es handelt sich um eine Kenntnisnahme.

Raphael Weibel (GPK): Die Berichterstattung der GPK über die Verwaltungskontrolle 2025 liegt euch vor. Alle Mitglieder der GPK haben intensiv und überaus aktiv am Bericht mitgewirkt und ihre Fachkompetenz, besonders in Rechts- und Finanzfragen, in Fragen der Aufsicht und der strategischen Führung, und ihr kritisches Denken unabhängig von jeder Parteicouleur eingebracht. Der Bericht wurde durch die Kommission einstimmig und ohne Vorbehalte verabschiedet. Mit dem Lesen des Berichts habt ihr davon Kenntnis genommen, und ich könnte mein Votum eigentlich beenden. Einige unter euch wären vielleicht nicht ganz unglücklich, andere überrascht oder sogar etwas enttäuscht. Ich fahre nur kurz fort.

Ich möchte euch vorab das Zitat eines bekannten Schweizer Politikers nicht vorenthalten. Er hat eine Lehre als Heizungsmonteur gemacht, er war Gewerkschaftssekretär und danach Nationalrat und Regierungsrat des Kantons Solothurn. Am Ende war er Bundesrat, zuerst als Vorsteher des Verkehrs- und Energie-departements, danach des Finanzdepartements. Also, perfekter könnte es nicht zu unserem Thema passen. Bundesrat Willi Ritschard meinte nämlich seinerzeit: «Die Schweizer sind ein Volk, das früher aufsteht, aber spät erwacht.»

Die GPK-Verwaltungskontrolle offenbart ein wenig das frühe Aufstehen, aber auch das späte Erwachen des Gemeinderats bei der Führung seiner Tochtergesellschaft gbm. Ein nicht immer klares Rollenverständnis, eine Eigentümerstrategie ohne messbare Zielvorgaben, ein fehlendes Risikomanagement auf Stufe Gemeinde und auch ein wenig fehlende Fachkompetenz in Zusammenhang mit der Projektaufsicht Fernwärme, das ist problematisch.

Dass der Gemeinderat seine eigenen Vorgaben – seine eigenen Vorgaben! – aus der Eigentümerstrategie der gbm jahrelang nicht eingefordert hat, irritiert. Die Vermischung eigener politischer Ziele mit der Aufsichtspflicht, die er hat, offenbart Handlungsbedarf. Mit seiner Stellungnahme zuhanden des Parlaments, die ihr letzten Freitagnachmittag noch in eurem E-Mail-Postfach fandet, bringt der Gemeinderat heute zum Ausdruck, dass er handeln will. Der Gemeindepräsident hat die GPK anlässlich der Januar-Sitzung informiert, der Gemeinderat sei daran, sieben der acht empfohlenen Massnahmen umzusetzen. Die noch fehlende wolle man dann auch in die Diskussion aufnehmen. Er hat auch gesagt, dass es ihn freue, dass die GPK und der Gemeinderat in der Sache in die gleiche Richtung gingen und die gleichen Ansichten hätten. Die GPK nimmt Kenntnis davon, dass sie also mit ihrer Analyse und ihren Empfehlungen auch aus der Sicht des Gemeinderats richtig liegt. Das freut uns, wir wollen ja mithelfen, besser zu werden, miteinander. Jedes einzelne Mitglied des Gemeinderats steht jetzt persönlich in der Pflicht, Versäumtes rasch nachzuholen.

Eines bleibt für die GPK wichtig. Für die GPK ist weiterhin die Frage: Machen sie es auf eine richtige Art und Weise? Diese Frage steht im Fokus, und nicht: Machen sie das Richtige? Ob die Aufgabenerfüllung des Gemeinderats inhaltlich richtig oder falsch ist, ist eine politische Wertung und eben explizit nicht Teil der Verwaltungskontrolle.

Die GPK dankt euch für die aufmerksame Kenntnisnahme des Berichts zur Verwaltungskontrolle und für einen wachen Blick, ob, wie und wie schnell der

Gemeinderat diese Empfehlungen jetzt auch wirklich umsetzt. So gesehen gilt die Devise: Spät erwacht, aber nicht gleich wieder eingedöst.

Gabriele Siegenthaler-Muinde (GR): Der Gemeinderat dankt der Geschäftsprüfungskommission für den Bericht zu einem wichtigen Thema, der Verwaltungskontrolle 2025. Dieser Bericht basiert ausschliesslich auf einer Dokumentenanalyse. Der Gemeinderat hat ihn am 29. Dezember, leider kurz vor Versand der Unterlagen für die heutige Sitzung, erhalten. Unter diesen Umständen entschuldigen wir uns, dass wir unsere Stellungnahme nicht mit den Sitzungsunterlagen verschicken konnten, sondern nachreichen mussten.

Der Aufbau der Fernwärme ist ein zentrales und anspruchsvolles Projekt für die gbm. Auch der Gemeinderat ist sich bewusst, dass er gefordert ist, seine strategische Aufsicht angesichts dieser neuartigen Ausgangslage weiterzuentwickeln. Deshalb: Ich bin nicht ganz einverstanden, dass wir zu spät erwacht sind. Ja, wir haben eine Lernkurve. Ich glaube, das ist nicht ganz verwunderlich. Aber in der Stellungnahme der Gemeinde seht ihr, dass die Empfehlungen des GPK-Berichts nicht einfach nur auf offene Ohren bei uns stossen, sondern dass wir in sehr vielen Fällen schon konkrete Schritte unternahmen. Wir sind also bei der Umsetzung und nicht nur der Planung dieser Massnahmen.

Doch kurz zurück, woher wir überhaupt kommen. Aufgrund der übergeordneten Vorgaben des Bundes, Stichwort Netto-Null-Ziel 2050, ist seit längerem klar, dass das Gasgeschäft der gbm mittelfristig stark zurückgehen wird. Die gbm müssen dieses Geschäftsfeld also ersetzen – mit der Fernwärme. Für die gbm heisst das auch, dass sie ihrer Kundschaft damit ein attraktives Anschlussangebot bieten können und sie nicht einfach im Regen stehen lassen.

Während aktuell die Gewinne aus dem Gasgeschäft die Fernwärme finanzieren, wird es mittelfristig so sein, dass die Gewinne aus der Fernwärme den Rückzug aus dem Gasgeschäft bezahlen werden. Das ist aber keine Quersubventionierung, wie es im GPK-Bericht dargestellt ist. Denn es handelt sich nicht um zwei unterschiedliche Sparten. Gemäss Reglement der gbm sind sowohl das Gas wie die Fernwärme in derselben Sparte angesiedelt, nämlich in der Sparte Energieversorgung.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass der Aufbau der Fernwärme hohe Investitionen erfordert und die Finanzkennzahlen der gbm kurzfristig schlechter aussehen werden. Er sieht dies aber als notwendige Entwicklung im Rahmen dieser strategischen Neuausrichtung unserer Tochtergesellschaft, die aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen aus unserer Sicht unabdingbar ist.

Wie hat der Gemeinderat seine strategische Aufsicht bei diesem grossen Projekt wahrgenommen? Er hat wichtige Etappen eng begleitet. Als allererstes hat er – mit der Eigentümerstrategie 2018 – den Auftrag überhaupt erteilt: die Dekarbonisierung des Wärmesektors. Er hat weiter entschieden, dass man zentrale Wärmeproduktionsstandorte statt der ursprünglich angedachten dezentralen Standorte bei den Schulhäusern vorziehen soll. Er hat wiederholt und intensiv Diskussionen über die Finanzierung geführt und im letzten Jahr auch die Aufteilung in ein Basisprojekt mit Holzschntzelheizung und ein Erweiterungsprojekt mit Tiefengrundwasser in die Wege geleitet. Für beide Projekte hat der Gemeinderat bereits letztes Jahr ein Projektaudit in Auftrag gegeben, um eben genau die Qualität dieser Projekte unabhängig überprüfen zu lassen und damit seiner Aufsichtspflicht nachzukommen. Die Resultate liegen zwischenzeitlich vor, und ihr als Parlament seid eingeladen, am 25. Februar um 18 Uhr im Mattenhofsaal zu hören und zu diskutieren, was dieses Projektaudit herausgefunden hat. Die Unterlagen werden wir euch frühzeitig verschicken, damit ihr euch optimal vorbereiten könnt.

Das Basisprojekt mit einer Investitionssumme von CHF 45 Mio. zeigt eine gute Wirtschaftlichkeit, und ich darf mit Freude festhalten, dass die gbm dieses Projekt in der Zwischenzeit zu 100 Prozent finanzieren konnten. Das spricht für die Qualität des Projekts. Die erzielten Zinssätze sind attraktiv und erlauben gegenüber den

Annahmen im Business Case sogar Einsparungen von knapp CHF 800'000. Auch bei der Kundenakquise liegen die gbm über den Annahmen, die dem Business Case zugrunde liegen.

Demgegenüber ist das Erweiterungsprojekt erst in einer fortgeschrittenen Machbarkeitsphase. Klar ist aber schon heute: Die Umsetzung des Projekts kann nur starten, wenn die Gemeinde in irgendeiner Form mitfinanziert. Der Gemeinderat hat deshalb eine zweite externe Untersuchung zu möglichen Finanzierungsvarianten in Auftrag gegeben. Auch dieser Bericht wird dem Parlament zu gegebener Zeit präsentiert. Die Nutzung des Tiefengrundwassers als lokale, fossilfreie Gratis-Energie sozusagen ist für uns ein Standort-Trumpf und ganz sicher ein Mehrwert für eine Fernwärme in Muri-Gümligen.

Ich möchte noch zur Aufsicht über die gbm im Generellen kommen. Zusätzlich zu diesen qualitätssichernden Vorgehen bei der Fernwärme hat der Gemeinderat auch seine generelle Aufsicht in den letzten zwei Jahren ausgebaut. Die Berichterstattungspflichten wurden geschärft, und die Qualität der Unterlagen, auch die für das Parlament, wurde verbessert. Für die Amtsperiode 2026–2029 wurde ein Anforderungsprofil für den Verwaltungsrat erstellt, und dieses Gremium wurde gezielt mit zusätzlichen Kompetenzen gestärkt. Der Gemeinderat hat zudem den Auftrag erteilt, konkrete Optionen für den Rückzug der Gemeindevertretung aus dem Verwaltungsrat der gbm und auch der Tochtergesellschaft Alenia zu entwickeln. Diese Arbeiten sind angelaufen und laufen parallel zur Überarbeitung der Eigentümerstrategie in der ersten Hälfte dieses Jahres. In der Eigentümerstrategie wird der Gemeinderat seine finanziellen und weiteren Vorgaben gegenüber den gbm präzisieren. Für beide Vorhaben ist eine Konsultation des Parlaments geplant, wie ich hier auch schon gesagt habe. Ausserdem hat der Gemeinderat beschlossen, die Anwendung von «Swiss GAAP FER» für die gbm einzuführen, erstmals für den Jahresabschluss 2026.

Um zeitlichen Druck aus den politischen Diskussionen zu nehmen, hat der Gemeinderat ausserdem beschlossen, die geplante Volksabstimmung – ihr wisst, dass wir bisher von November 2026 gesprochen haben – um ein Jahr zu verschieben und auf den 28. November 2027 festzulegen. Damit wollen wir Vertrauen schaffen, indem zum Zeitpunkt, in dem die Finanzierungsvorlage für das Erweiterungsprojekt diskutiert werden wird, bereits ein erster «Swiss GAAP FER»-basierter Abschluss der gbm vorliegen wird. Gleichzeitig können wir so die politischen Entscheidungsprozesse mit der nötigen Tiefe führen, und die gbm haben noch etwas mehr Zeit, um eine mögliche Wärmelieferung an die EWB zu konkretisieren. Die Frage dieser Wärmelieferung ist für die Finanzierung des Erweiterungsprojekts sicher eine wichtige Weichenstellung.

Die Verschiebung in den November 2027 ändert aber nichts daran, dass es immer noch eine Art Rahmenkredit-Vorlage sein wird, die wir ausarbeiten werden. Die Stimmbevölkerung entscheidet im Grundsatz, ob das Erweiterungsprojekt von der Gemeinde mitfinanziert werden soll. Die konkreten Finanzierungstranchen werden erst später ausgelöst, nämlich dann, wenn die Voraussetzungen, die man in diesem Rahmenkredit definiert hat, erfüllt sind. Insbesondere werden sicher eine Baubewilligung für die Tiefengrundwasserzentrale und ein aktualisierter Business Case, der die Wirtschaftlichkeitsvorgaben gemäss Rahmenkredit erfüllt, vorliegen müssen. Ich komme zum Schluss. Die Fernwärme ist ein sehr komplexes Thema, und die vielschichtigen Zusammenhänge sind nicht immer ganz einfach zu kommunizieren. Wir als politische Vertreterinnen, Vertreter haben gemeinsam die Aufgabe, dieses Generationenprojekt Fernwärme umsichtig für die Volksabstimmung im November 2027 vor- und aufzubereiten. Danach entscheidet der Souverän ja oder vielleicht auch nein. Der Gemeinderat und die gbm werden sich auf beide Eventualitäten vorbereiten.

Für den politischen Prozess bis zur Abstimmungsvorlage ist eine sachliche und respektvolle Diskussionskultur im Interesse von uns allen und stärkt auch das Vertrauen in die Politik. Gem laden wir euch dazu ein, bei Unklarheiten und Fragen

proaktiv auf die gbm oder den Gemeinderat zuzugehen. Auf unserer Seite werden wir uns Mühe geben, frühzeitig und transparent über die geplanten Prozesse und inhaltlichen Fragen zu informieren und auch das Parlament proaktiv für zentrale Fragen miteinzubeziehen. Ich bin überzeugt, wenn wir alle mithelfen, kommt es gut. Merci vielmals.

*Eintreten wird nicht bestritten. Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Lorenz Held (FDP): Der Bericht der GPK zeigt anschaulich, dass die gbm in den letzten Jahren an der etwas gar langen Leine geführt wurden. Die Governance hat mit den wachsenden Aufgaben nicht Schritt gehalten. Jetzt stehen Investitionen an, wenn sie sich denn rechnen, welche die Dimension definitiv sprengen und ein aktives Risikomanagement verlangen. Klar ist der Verwaltungsrat der gbm in der Pflicht, der Eigner aber ebenso. Denn es ist sein Geld, unser Geld, welches hier eingesetzt werden soll.

Verstehen Sie uns richtig. Die FDP ist nicht gegen Fernwärme als solches. Sie ist gegen schlecht beherrschte Risiken, und sie ist gegen finanzielle Abenteuer. Der Bericht stellt einige Fragen, was der Gemeinderat unternimmt und unternommen hat, um die Steuerung der gbm aus Eignersicht zu verbessern. Hat er die richtigen Prioritäten? Haben die Mitglieder genügend Zeit, sich seriös vorzubereiten? Ist er sich bewusst, was auf ihn zukommt? Die leider nach unserer Fraktionssitzung eingetroffene Stellungnahme des Gemeinderats gibt zumindest Antworten auf einige dieser Fragen. Er hat offensichtlich verstanden, dass es Ultimo ist, sich auf die Herausforderungen der nächsten Jahre vorzubereiten und das schwierige Terrain etwas zu ebnen. Sei es punkto Rechnungslegung, dem Setzen messbarer Ziele oder bezüglich der problematischen Vertretung des fachlich zuständigen Gemeinderatsmitglieds im Verwaltungsrat. Hier erwarten wir Taten statt Worte.

Die weitere Arbeit des Gemeinderats, zusammen mit dem Verwaltungsrat der gbm, wird entscheidend sein, ob das Vorhaben Fernwärme bei den Stimmbürgerinnen Bestand haben kann. Hier gilt: Sorgfalt vor Eile. Wir begrüssen ausdrücklich die angekündigte Verschiebung um ein Jahr. Lassen Sie sich nicht unter Zeitdruck setzen, sondern nehmen Sie sich als Gremium die notwendige Zeit, die Materie gut zu verstehen und diese dann gegenüber dem Parlament wie auch den Stimmbürgern glaubhaft zu vertreten. Dies immer vorausgesetzt, dass die risikogerechten Renditeziele überhaupt erreicht werden können. Unser Gemeinderat ist in seiner Eignerrolle verpflichtet, alle strategischen Optionen gründlich auszuloten. Dazu gehören auch Partnerschaften. Die Energieversorgung soll wirtschaftlich und ökologisch erfolgen, eben nachhaltig.

Unsere Fraktion wird den Gemeinderat auch in Zukunft an diesen im Anstaltsreglement und der Eignerstrategie postulierten Forderungen messen. Wir danken der GPK für ihre sorgfältige Arbeit und hoffen, dass auf dieser Basis die Geschicke der gbm in die richtigen Bahnen gesteuert werden können.

*Keine weiteren Fraktionsvoten oder Wortmeldungen. Raphael Weibel (GPK) und Gabriele Siegenthaler-Muinde (Gemeinderat) verzichten auf ein Schlusswort.*

*Von der Berichterstattung zur «GPK-Verwaltungskontrolle 2025» wird Kenntnis genommen.*

## 7. Personalreglement; Teilrevision

Die Vorsitzende: Von der Verwaltung anwesend ist Nadia Rindlisbacher. Die Unterlagen liegen schriftlich vor, und es liegt auch ein Antrag des Gemeinderats vor.

Luc Arnold (GPK): In meinem letzten Votum für die Geschäftsprüfungskommission kann ich mich sehr kurzfassen. Wir haben dieses Geschäft an unserer Sitzung vom 7. Januar in Anwesenheit von Jan Köbeli, dem Gemeindepräsidenten, behandelt und kamen zum Schluss, dass es sehr gut vorbereitet ist und empfehlen euch deshalb, darauf einzutreten.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Vor euch liegt eine neue Version des Personalreglements. Konkret geht es heute um Art. 12. Diese Änderung geht ja zurück auf die Motion Anliker von letztem Jahr. Damals hat der Gemeinderat in Aussicht gestellt, dass wir rechtliche Abklärungen vornehmen und basierend auf diesen einen Vorschlag für Art. 12 vorlegen.

Die Auskunft des Anwaltsbüros «Junker Schneider», einem der Büros, die wir angefragt haben, ergab, dass die Bestimmung von Art. 12 problematisch sei, da sie die Problematik des im Arbeitsvertrag nicht festgelegten Arbeitspensums nicht berücksichtige; weiter solle eine dritte Kündigungsmöglichkeit geschaffen werden, und eine ausreichende Bedenk- und Reaktionszeit für die Arbeitnehmenden sei einzuräumen. Der Personaljurist der Gemeinde, Hans-Ueli Zürcher, bewertet den aktuell gültigen Art. 12 als unproblematisch. Schlussfolgernd ist eine dritte Kündigungsmöglichkeit mit einer ausreichenden Bedenk- und Reaktionszeit nicht zwingend. Zwei Juristen, zwei Meinungen.

Der Gemeinderat hat versucht, hier einen Kompromiss zu finden. Die aktuell gültige Version von Art. 12 sieht nämlich nur zwei Kündigungsmöglichkeiten vor. «Junker Schneider» meint, diese Regelung sei problematisch. Unser Jurist sagt, zwei Kündigungsmöglichkeiten seien nicht problematisch. Wie gesagt, hat der Gemeinderat versucht, zwischen den beiden Haltungen einen Kompromiss zu finden und schlägt euch jetzt vor, dass wir eben eine dritte Kündigungsmöglichkeit einräumen würden. Damit anerkennt der Gemeinderat, dass eine Pensensänderung eine einschneidende Massnahme für die Arbeitnehmenden sein kann, und möchte den Arbeitnehmenden da auch entgegenkommen.

Die jetzt vorgeschlagene Lösung wurde mit diversen Anspruchsgruppen gespiegelt. Und hier muss ich eine kleine Korrektur zu dem vornehmen, was in eurer Botschaft steht. Ich habe es etwas missverständlich formuliert und möchte das korrigieren. Denn die Motionärin hat mich freundlicherweise letzte Woche darauf aufmerksam gemacht – merci, Sophia. Man könnte nämlich meinen, Sophia habe die aktuelle Textversion eins zu eins so, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, vorgängig gesehen, gekannt und für gut befunden. Dem ist nicht so. Ganz korrekt müsste dieser Passus heissen: «Die von Rechtsanwalt Zürcher vorgeschlagene Formulierung wurde durch den Gemeindepräsidenten mit der Ressortvorstehenden Bildung, der Leitung Bildung und der Leitung Tagesschule besprochen und für gut befunden. Mit der Motionärin fand ein Telefonat statt, als die beiden Rechtsauskünfte bei der Gemeinde eingetroffen waren.» So wäre es wahrscheinlich ganz korrekt. Ich wollte mit dieser Formulierung einfach aufzeigen, dass ich die Motionärin nicht aussen vor liess.

Zurück zum Thema, und damit komme ich auch zum Schluss. Ihr beschliesst hier mit dem neuen oder vorgeschlagenen Art. 12 über das Worstcase-Szenario, das sehr selten eintritt. Die Tagesschulleitung versucht nämlich, im gegenseitigen Einvernehmen immer eine Lösung mit den Arbeitnehmenden zu finden. Bereits Monate zum Voraus werden Fragebögen an die Arbeitnehmenden verschickt, und ihre Wünsche werden abgeholt. Die Tagesschulleitung unternimmt im Anschluss alles, um möglichst alle Wünsche berücksichtigen zu können, und in den meisten Fällen gelingt dies auch. Wenn Pensen tatsächlich ändern, ist es in der Regel im

Bereich von 3, 4 oder 5 Prozent. Aber das Personalreglement soll schliesslich auch für das Worstcase-Szenario gerüstet sein. An diesem kann man sich schliesslich dann auch gut orientieren. In diesem Sinn bitte ich euch, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Merci.

*Eintreten wird nicht bestritten. Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Sophia Anliker (forum): Das forum unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Merci, Jan, für die erwähnte Korrektur. Wir begrüssen, dass es jetzt mit der Regelung in Art. 12 Abs. 1bis drei Kündigungstermine für die Tagesschulmitarbeitenden gibt. In der Sitzung von September 2025 haben wir bei der damaligen Formulierung des Gemeinderats kritisiert, dass die Möglichkeit der Kündigung per Ende September an das Arbeitspensum gekoppelt war. In der neuen Formulierung ist der dritte Kündigungstermin per Ende September jetzt an die Mitteilung des Arbeitspensums, die Ende Juni stattfindet, gekoppelt. Wir sind zufrieden, dass unser Anliegen umgesetzt wurde. Es fördert unter anderem auch die Planungssicherheit der Tagesschulmitarbeitenden.

Mit der rechtlich verankerten Pflicht der schriftlichen Mitteilung des Pensums für das folgende Schuljahr vor Ende des laufenden Schuljahres ist den Tagesschulmitarbeitenden eine transparente Kommunikation zugesichert, und es unterstützt die Tatsache, dass die Penserverteilung davon abhängt, wie viele Kinder sich für die einzelnen Tagesschulmodule anmelden, und von dem her erst spät im laufenden Schuljahr erfolgt.

Die neue Formulierung, die dritte Kündigungsfrist und die rechtlich verankerte Bedenkfrist werden der bestehenden Arbeits- beziehungsweise Anstellungsrealität gerechter. Der jetzige Wortlaut von Art. 12 Abs. 1bis bezieht besser mit ein, dass die meisten Tagesschulmitarbeitenden Frauen mit eigenen Kindern und weiteren Care-Verpflichtungen sind und dadurch oftmals Teilzeit arbeiten müssen und eine gewisse arbeitsrechtlich verankerte Planungssicherheit brauchen.

Noch ein wichtiger Hinweis: In der Botschaft fehlt eine Angabe zur Information der betroffenen Mitarbeitenden. Uns ist es wichtig, dass die Tagesschulmitarbeitenden nach der Beschlussfassung transparent und korrekt über die neuen Kündigungsfristen informiert werden und sie, sofern erforderlich, korrekte Arbeitsverträge erhalten. Was uns etwas erstaunt hat, und darauf habe ich dich auch schon angesprochen, Jan, ist, dass die beiden erwähnten Rechtsgutachten der Botschaft nicht beigelegt wurden. Im Sinne der Transparenz und auch, um zu verstehen, wie es zum jetzigen Wortlaut von Art. 12 Abs. 1bis kam, wäre dies unseres Erachtens nützlich und sinnvoll gewesen.

Wir sind mit der neuen Formulierung von Art. 12 Abs. 1bis des Personalreglements einverstanden und werden dem Antrag einstimmig zustimmen. Merci vielmals.

*Keine weiteren Fraktionsvoten. Keine weiteren Wortmeldungen.*

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Ja, wir können bestätigen: Wir werden die Tagesschulmitarbeitenden selbstverständlich frühzeitig und transparent informieren. Wie und auf welche Weise, das werden wir noch besprechen. Ich, das HR, der Leiter Bildung und Christa werden die Köpfe zusammenstecken und uns etwas Gutes überlegen. Aber selbstverständlich werden diese Personen früh und transparent informiert.

Persönlich sehe ich nichts, das dagegenspricht, dass wir euch die beiden juristischen Auskünfte zugänglich machen. Selbstverständlich. Du hast mir auch schon letzte Woche gemeldet, dass du dich dafür interessieren würdest, und bereits

letzte Woche haben wir die beiden Juristen angefragt, ob es für sie in Ordnung ist, wenn wir es euch zugänglich machen. Selbstverständlich wissen die beiden Juristen um das Öffentlichkeitsprinzip. Davon gehe ich jedenfalls aus. Ich halte es trotzdem für eine Frage des Anstands, dass wir sie kurz fragen, ob wir es euch zugänglich machen dürfen. Ich gehe davon aus, beide werden zustimmen. Respektive, wir haben Herrn Zürcher bereits erreicht, und er hat zugestimmt. Von «Junker Schneider» fehlt noch eine Antwort, bis heute. Ich gehe davon aus, sie werden auch zustimmen, und wenn das der Fall ist, werden wir euch diese Gutachten oder Rechtsauskünfte natürlich zukommen lassen, wenn ihr es wünscht. Merci vielmals.

*Kein Rückkommen.*

Die Vorsitzende: Wir werden über alle drei Punkte en bloc abstimmen, weil sie zusammengehören.

Beschluss (37 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das revidierte Personalreglement mit Änderungen in:

Art. 12 Abs. 1

Art. 12 Abs. 1bis

wird genehmigt.

Die Änderungen treten rückwirkend auf den 1. Januar 2026 in Kraft.

## **8. Informationen des Gemeinderats und der parlamentarischen Kommissionen**

*Keine.*

## **9. Neue parlamentarische Vorstösse**

### **Motion Grüne, SP, forum: Schulwege auf Sicherheit prüfen**

Der Gemeinderat wird beauftragt, auf der Grundlage des Berichts des Büros Verkehr Steiner aus dem Jahr 2010 das Gefahrendispositiv für die Schulwege auf dem Gemeindegebiet zu aktualisieren und, wo angezeigt, konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit zu ergreifen.

#### Begründung

Letztmals wurde die Schulwegsicherheit in unserer Gemeinde im Jahr 2010 überprüft. Auch damals kam der Auftrag vom Parlament (Motion Graham, forum, 17.01.2009). Das Verkehrsplanungsbüro Verkehr Steiner führte die Analyse in einem partizipativen Verfahren durch, identifizierte Gefahrenstellen und schlug entsprechende Massnahmen vor. Einige der damals vorgeschlagenen baulichen Massnahmen wurden bis heute nicht umgesetzt. Zudem hat sich seither die Gefahrenlage in verschiedener Hinsicht gewandelt, so zum Beispiel durch die Zusammenführung von Schulstufen und die damit verbundene Veränderung bzw. Verlängerung der Schulwege.

In unserer Gemeinde sind viele Eltern besorgt über die Sicherheit der Schulwege. Im Jahr 2024 ist deshalb die Interessengemeinschaft IG sichere Wege Muri-Gümligen gegründet worden. Sie entstand zunächst aus einer Anwohnerschaft an der Thunstrasse und repräsentiert heute engagierte Einwohnerinnen und Einwohner aus der gesamten Gemeinde (vgl. <https://ig-sicherewege-muri-guemligen.ch>). Die Schulwegsicherheit ist auch bei Elterngruppierungen (Elternrat) ein Thema.

Das Anliegen der Eltern ist ernst zu nehmen. Nach 15 Jahren erscheint es als angemessen, die aufgrund des Berichts des Büros Verkehr Steiner gewonnenen Erkenntnisse zu aktualisieren und, wo angezeigt, Massnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit zu ergreifen. Dies steht auch im Einklang mit dem Legislaturziel 8.4: *«Das Fuss- und Velonetz wird betreffend Sicherheit und Attraktivität überprüft und punktuell verbessert.»*

Im Rahmen dieser Überprüfung sind nebst Experten im Bereich Verkehrssicherheit auch relevante Interessengruppen (Eltern, Kinder, Lehrpersonen u.a.) einzubeziehen. Ausserdem ist die breitere Bevölkerung für die Schulwegsicherheit zu sensibilisieren. Dazu gehört insbesondere auch die Frage der sog. «Elterntaxis», die bereits im Bericht des Büros Verkehr Steiner als gewichtiger Gefahrenherd identifiziert wurden.

Muri-Gümligen, 20. Januar 2026

Fraktionen Grüne, SP, forum

F. Grossenbacher, R. Racine, S. Fankhauser, N. Zurlinden, H. Beck, P. Messerli, F. Kearns, C. Lucas, S. Anliker, E. Liechti, M. Sager, V. Legler, L. Arnold, A. Zaccaria, C. Engel, S. Eugster, B. Legler, A. Althaus, A. Bless, R. Lauper, R. Soder, C. Eggli, L. Held, J. Reich, J. Schenk, G. Grossen (26)

### **Motion Racine (SP), Grossenbacher (Grüne), Soder (FDP): Mehr Verkehrssicherheit durch semimobile Radargeräte!**

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Einen Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei abzuschliessen und semimobile Radargeräte zu beschaffen.
2. Mit der Gemeinde Ostermundigen eine Vereinbarung abzuschliessen, welche die der Gemeinde zukommenden administrativen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Betrieb der Geräte sowie der Verfügung und dem Inkasso der aus dem Betrieb resultierenden Ordnungsbussen gegen Bezahlung eine Fallpauschale an die Gemeinde Ostermundigen überträgt.

#### Begründung

Das Geschäft wurde am 21. Oktober 2025 im Parlament diskutiert und in der Abstimmung von einer Mehrheit der anwesenden Parlamentsmitglieder (18 Ja, 15 Nein, 1 Enthaltung) gutgeheissen. Das Geschäft scheiterte lediglich am «qualifizierten» Mehr (ein solch «qualifiziertes» Mehr ist seit 1. Januar 2026 keine Bedingung mehr für die Überweisung des vorliegenden Geschäfts).

Dieser vom Parlament gefällte Entscheid hat viel Unverständnis in der Bevölkerung und negative Rückmeldungen ausgelöst. Wir erachten es deshalb als legitim – auch in Anbetracht der veränderten Rahmenbedingungen –, nochmals über dieses Geschäft zu entscheiden.

Die Argumente für die Abschliessung eines Ressourcenvertrags und die Beschaffung von semimobilen Radargeräten inklusive Vereinbarung mit Ostermundigen wurden schon in der Parlamentsdebatte vom 21. Oktober 2025 genannt, sollen hier aber summarisch in Erinnerung gerufen werden:

- Die Aufstellung von semimobilen Radargeräten zeigt etwa in Ostermundigen,

dass sich mit der Zeit ein verändertes Verhalten der Lenkenden eingestellt hat und die Geschwindigkeiten besser eingehalten werden. Die Verkehrssicherheit steigt. Die Einhaltung der vorgegebenen Geschwindigkeitslimite ist ein wesentliches Element der Sicherheit im Strassenverkehr, vor allem an neuralgischen Stellen (Quartiere, Umgebung von Schul- und Sportanlagen, unübersichtliche Verkehrsabschnitte, Berufspendler-Hauptachsen).

- Die Mehrkosten, die durch den Ressourcenvertrag und die Beschaffung der semimobilen Radargeräte entstehen, können grösstenteils über die Bussenerträge abgefangen werden. Ausserdem sind nach einer gewissen Zeit die zurzeit bestehenden Verträge mit den privaten Sicherheitsorganisationen (Securitas AG, Broncos Security AG) zu überprüfen, welche dadurch wahrscheinlich punktuell reduziert werden können. Das Geschäft dürfte deshalb für die Gemeinde kostenneutral sein.
- Es können Synergien genutzt werden, indem die Administration der Geschwindigkeitsmessungen mit einer Vereinbarung mit der Gemeinde Ostermundigen abgewickelt werden kann. Unsere Gemeinde muss dazu keine neuen Verwaltungsstellen schaffen.
- Mit dem Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei werden weitere Leistungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit eingekauft: Präventive Präsenz, Bearbeitung von Brennpunkten im öffentlichen Raum, Ordnungsdienst bei Veranstaltungen, Beratung/Instruktion/Auskunft, jährliche Festsetzung von Schwerpunkten (z.B. Kontrolle von Fahrverboten mit Zubringerdienst im Bereich Verkehr) etc.

Muri-Gümligen, 20. Januar 2026                      R. Racine, F. Grossenbacher, R. Soder

S. Fankhauser, N. Zurlinden, H. Beck, P. Messerli, F. Kearns, E. Liechti, L. Arnold, A. Zaccaria, C. Engel, S. Eugster, G. Kaczala (14)

## Mitteilungen

Die Vorsitzende: Gibt es Mitteilungen aus der Ratsmitte? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Bevor wir zum Schluss der Sitzung kommen, möchte ich ganz herzlich ein neues Mitglied unter uns begrüssen, und zwar Michèle Zwahlen von der SP. Es könnte bei allen der Eindruck entstehen, dass diese Ratssitzungen immer so kurz sind. Ich möchte diesem Eindruck den Boden entziehen. Es ist eine unüblich kurze, schöne Sitzung. Nächstes Mal, wenn es etwas länger geht, denkt einfach zurück – es ging auch schon kürzer.

Die nächste Sitzung findet am 17. Februar 2026 statt. Ich danke allen für das engagierte Mitmachen bei den Wahlen und Abstimmungen. Gemäss der Tradition wird das Apéro am Ende der Januarsitzung von der Gemeinde gespendet. Nach der Februarsitzung ist die SP an der Reihe mit dem Apéro. Ich wünsche uns allen viele anregende Gespräche und schliesse die Sitzung.

\*\*\*\*\*

*Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.*

## PARLAMENT MURI BEI BERN

Der Präsident:

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin:

Hilmi Gashi

Gaby Grossen

Corinne Schweizer